

ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Absender:

Fraktion Bürger für Hohenlimburg /Piraten Hagen

Betreff:

Antrag der Fraktion Bürger für Hohenlimburg/Piraten
hier: Handlungsoptionen nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zur Zulässigkeit
von Fahrverboten für Dieselkraftfahrzeuge

Beratungsfolge:

13.03.2018 Ausschuss für Umwelt, Stadtsauberkeit, Sicherheit und Mobilität

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gebeten, einen Sachstandsbericht zur Wahrscheinlichkeit von
Fahrverboten in Hagen nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes zur Zulässigkeit
von Fahrverboten für Dieselkraftfahrzeuge zu geben. Ebenso wird sie gebeten, dem
Ausschuss Handlungsoptionen darzustellen, die geeignet sind, solche Fahrverbote kurz-
und mittelfristig abzuwenden.

Kurzfassung

Entfällt.

Begründung

Siehe Anlage.

Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)

sind nicht betroffen

sind betroffen (hierzu ist eine kurze Erläuterung abzugeben)

Kurzerläuterung:

Fraktion

Bürger für Hohenlimburg/Piraten Hagen
im Rat der Stadt Hagen



Herrn Ausschussvorsitzenden

Hans-Georg Panzer

- im Hause -

Hohenlimburg/Hagen, 1. März 2018

Sehr geehrter Herr Panzer,

die Fraktion Bürger für Hohenlimburg/Piraten Hagen bittet Sie, folgenden Antrag gemäß § 6 (1) der Geschäftsordnung auf die Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Stadtauberkeit, Sicherheit und Mobilität am 13. März 2018 zu setzen:

Handlungsoptionen nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes

zur Zulässigkeit von Fahrverboten für Dieselkraftfahrzeuge

Beschlussvorschlag: Die Verwaltung wird gebeten, einen Sachstandsbericht zur Wahrscheinlichkeit von Fahrverboten in Hagen nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes zur Zulässigkeit von Fahrverboten für Dieselkraftfahrzeuge zu geben. Ebenso wird sie gebeten, dem Ausschuss Handlungsoptionen darzustellen, die geeignet sind, solche Fahrverbote kurz- und mittelfristig abzuwenden.

Begründung: Fahrverbote für Dieselkraftfahrzeuge in Hagen wären mit erheblichen direkten und indirekten Nachteilen für die betroffenen Bürger, aber auch für den Einzelhandel und die Wirtschaft insgesamt verbunden. Andererseits ist es geboten, die Gesundheit der Bürger wirksam und im gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen zu schützen. Daraus folgt, dass Fahrverbote vermieden werden sollten, wenn dies unter angemessener Berücksichtigung des Gesundheitsschutzes möglich ist. Die bisherigen Bemühungen um die Luftreinhaltung haben nicht dazu geführt, die Schadstoffbelastungen der Luft in Hagen in einem Maß zu begrenzen, das die Sperrung von Straßen und die Verhängung von Fahrverboten für Fahrzeuge mit Dieselmotor verhindert. Durch das sogenannte Dieselurteil vom 27. Februar 2018 und die unter anderem von der Deutschen Umwelthilfe in den Medien dargestellten Folgen ist erhöhter Handlungsdruck entstanden, wenn Dieselfahrverbote in Hagen noch verhindert werden sollen. Von Interesse ist daher insbesondere, welche erfolgversprechenden Maßnahmen kurzfristig umgesetzt werden können, um Fahrverbote zu verhindern – auch solche Maßnahmen, die bislang aus anderen Erwägungen (z.B. hohe Kosten) nicht realisiert wurden.

(wir behalten uns weitere Antragstellungen zu diesem TOP vor)

gez.: Peter Arnusch

F.d.R.: Frank Schmidt

UWA-Mitglied Bürger für Hohenlimburg/Piraten Hagen

Fraktionsgeschäftsführer